
Eine abschließende Antwort an Bernhard Schwarz

EMMERICH TÁLOS,
GERDA FALKNER

1. Es erstaunt, daß Schwarz in seiner zweiten Replik vordergründig bedauert, daß unser Artikel („Sozialpolitik auf dem Rückzug? Tendenzen in westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten“, *Wirtschaft und Gesellschaft* 20/2 [1994] 247–279) „nunmehr schon zum drittenmal ‚nachbehandelt‘“ werde. Denn seine Ausführungen in der letzten Antwort – zu der ihn wohl ebenso wenig wie zur ersten jemand gezwungen haben dürfte – belegen doch sehr eindrücklich, daß er einen beträchtlichen Erklärungsbedarf für die in seiner ersten Replik formulierten Behauptungen und Polemiken hat.

2. Schwarz nimmt für sich in Anspruch, daß es ihm „um die Schärfe der Argumente und Analysen“ gehe. Allerdings können wir der Umsetzung dieser Selbstzuschreibung auch noch in der zweiten Replik wenig abgewinnen: Daß jemand beispielsweise vor 15 Jahren etwas festgestellt hat, halten wir für kein scharfes Argument zur Rechtfertigung von Verkürzungen in aktuellen Wortmeldungen.

Zu den von Schwarz vorgebrachten Argumenten einige Anmerkungen: Ganz abgesehen davon, daß der von

ihm angeprangerte „Äpfel-Birnen-Vergleich“ (zwischen „neu zugegangenen Direkt Pensionen“ und dem „Durchschnittseinkommen“) in unserer Replik nicht enthalten ist, stimmen wir zu, daß aus dem Zusammenhang gerissene Detailzahlen für kurze Zeiträume wenig Aussagekraft haben. Versteht Schwarz dies als Selbstkritik an den von ihm gebrachten wenigen Detailzahlen? Seine Anmerkungen zur *Pensionsreform* stehen überdies in keinerlei Widerspruch zu unseren Aussagen. Hinsichtlich der *Erwerbszentriertheit* des sozialen Sicherungssystem haben wir den Ausführungen in unserer ersten Replik nichts hinzuzufügen. Daß die Gruppe der *geringfügig Beschäftigten* heterogen ist, ist bekannt. In unserer Sicht reicht es wohl nicht aus, mögliche negative Effekte einer Sozialversicherungspflicht als Rechtfertigung für *Non-Decision* anzugeben. In der Frage der *Mindestsicherung* gibt es inhaltlich offenkundig differente Positionen, die für eine breitere Diskussion von Interesse wären.

3. Wenn es Schwarz wirklich um eine fruchtbare Diskussion ging, so hat er unseres Erachtens mit seiner polemischen und unterstellenden Vorgangsweise keine passende Strategie eingeschlagen. So haben wir, wie jede/r leicht überprüfen kann, niemals die dumme Behauptung aufgestellt, daß sich bisher niemand mit dem Problem der Mindeststandards beschäftigt habe. Ebenso wenig findet sich in unserem Beitrag eine „Abqualifizierung von Leuten, die nicht in einem bedarfsunabhängigen Basiseinkommen die geeignete Mindestsicherung sehen“. Wenngleich am krasssten in der ersten Replik, so schlägt Schwarz doch auch noch in seiner zweiten bei

genauer Betrachtung mit nicht belegten und emotional gefärbten Pauschalvorwürfen rundum: Die in der Vergangenheit erfolgte Auseinandersetzung mit der österreichischen Sozialpolitik habe den Sozialstaat „mädig“ gemacht?! Früheren „jammern den Artikeln und Reden“ (natürlich ohne genauere Angaben) wird dann gar eine potentielle Verantwortung für das aktuelle Sparpaket zugeschoben – schuld sind also nicht dessen „Väter“ in der Regierung, sondern „Volksverführer und -innen“ in der Wissenschaft!??? Hier kommt die von

Schwarz beschworene „Schärfe von Argumenten und Analysen“ wohl eindeutig zu kurz.

Abschließend: Wir würden uns freuen, fruchtbare Diskussionen zum Thema österreichische Sozialpolitik unter anderem auch mit Kammerrepräsentanten und -innen führen zu können. Grundlegend dafür erachten wir einen sachlichen (im Gegensatz zu aggressivem) Stil und eine eingehende Auseinandersetzung mit vorgelegten Analysen, um selektive Perzeptionen und in der Folge Mißverständnisse und Unterstellungen zu vermeiden.